

Zeitschrift: Historischer Kalender, oder, Der hinkende Bot
Band: 236 (1963)
Rubrik: Weltchronik

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 15.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Weltchronik

(Vom 1. Juni 1961 bis 31. Mai 1962)

Über das abgelaufene Jahr zu berichten heißt Runde geben von wenig erfreulichen weltpolitischen Entwicklungen. Vom Frieden gleichweit entfernt wie nach Abschluß des letzten Berichtsabschnittes stehen wir vor der betrüblichen Tatsache, daß mancherorts nicht nur der Kalte Krieg zum Dauerzustand geworden ist, sondern daß er sich erhöht hat und erhebliche Opfer an Menschen fordert. Wohl darf man sagen, daß heute wie vor einem Jahr nirgends auf der ganzen Welt ein Krieg geführt wird, der nach „alter Sitte“ und nach vorangegangener Kriegserklärung ausgefochten wird. Diese Tatsache an sich wäre bemerkenswert, wenn nicht in manchem Land Zustände herrschen würden, die man als menschenunwürdig bezeichnen muß, und wenn nicht andauernd Dinge passierten, die einen daran zweifeln lassen, ob der Mensch wirklich noch die Krone der Schöpfung genannt werden darf. Auf diese Dinge hinzuweisen, uns ihrer zu erinnern und sie nicht zu vergessen, sei unsere Pflicht, auf daß wir nicht in den satten Schlaf der Selbstzufriedenen fallen, zu dem wir Schweizer so gerne neigen und aus dem es eines Tages ein bitteres Erwachen geben könnte.

*

Im Vordergrund der Ereignisse im Berichtsjahr stand wohl eine Offensive des Ostens, die man, zurückblickend, als geschickt aufgezogen und heimtückisch charakterisieren muß. Die Kommunisten haben es einmal mehr verstanden, unter Ausnutzung der westlichen Schwächen ihre Positionen teilweise zu verstärken. Westliche Schwäche ist vor allem ein nationalistisches Denken, eine Kurzsichtigkeit, die es nicht mehr erlaubt weiterzublicken als bis zum Rande seines engsten Kreises von Familie, Beruf und höchstens noch Vaterland. Dazwischen liegen drei Kategorien: Probleme und Aufgaben aller Art und Größe auf uns warten, brennende Fragen der Antwort harren und Lösungen gesucht werden müssen, liegt auf der Hand. Dazwischen liegt aber nicht selbstverständlich ist, daß wir aus eigenem Willen, nach bestem Wissen und Gewissen die Aufgaben lösen wollen und dürfen,

und daß die Zeit kommen könnte, wo andere uns diese Aufgaben abnehmen und sie in ihrem Sinne lösen, ohne daß wir noch das geringste dazu zu sagen hätten, diese Einsicht ist noch nicht gar so weit verbreitet. Dabei darf man nicht einmal sagen, der Osten habe uns nicht gewarnt. Seit den Tagen Lenins strebt der Kommunismus ein Ziel an: die Weltherrschaft. Offen und unverblümt findet sich dieses Ziel ausgedrückt in den Schriften der führenden Köpfe des Ostens. Zynisch hat Lenin geschrieben, der Westen werde es in seiner Habgier noch so weit bringen, daß er dem Osten den Strich verkaufe, den die Kommunisten den „Kapitalisten“ um den Hals legen würden. Trotz alledem gibt es immer noch Leute, die nach Koexistenz rufen, die Kompromisse noch und noch schließen wollen und die sich der reichlich naiven Vorstellung hingeben, für die Kommunisten bedeute ein Wort ein Wort und ein Paß ein Paß. Dazwischen nicht so ist, das hat die kommunistische Offensive im Berichtsjahr einmal mehr deutlich bewiesen.

Markantestes Ereignis in dieser Hinsicht bildete im abgelaufenen Jahr die Errichtung der Mauer zwischen Ost- und Westberlin. Im Viermächtestatut über Berlin sind die damaligen Alliierten des Zweiten Weltkriegs, Frankreich, England, die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion seinerzeit übereingekommen, daß die Stadt Berlin ein unteilbares Ganzes unter der Aufsicht der vier Mächte bilden sollte. In klarer Verleugnung dieses Vertrages führte aber die aus Moskau ferngesteuerte Regierung von Ostdeutschland am 13. August eine Grenzkontrolle gegen Westberlin ein. Der „Grenzübergang“ von Ost- nach Westberlin und umgekehrt wurde bewilligungspflichtig erklärt, der Bahnverkehr zwischen den zwei Stadtteilen eingestellt und den Ostberlinern das Arbeiten in Westberlin verboten. Um allen diesen Maßnahmen mehr Nachdruck zu verschaffen, errichtete die sogenannte Deutsche Demokratische Republik an der Sektorengrenze dicke Betonmauern und läßt sie heute noch durch ihre Volkspolizei bewachen. Damit hatte die Regierung zwar durch ihr Handeln praktisch ihren Bankrott erklärt, da sie eingestehen mußte, daß sie den Auswanderungsgelüsten ihrer Bürger aus dem „Arbeiterparadies“ nicht mehr Meister wurde; allein im 3. Quartal 1961 flohen 92 669 Menschen über Westberlin in die Deutsche Bundesrepublik!

Sie hat aber andererseits erreicht, was Moskau wollte, nämlich die Schaffung weiterer Unsicherheit und Verwirrung in einem Gebiet, das wie ein Pfahl im Fleisch der Kommunisten sitzt. Dem gleichen Zweck diente die Unfechtung des freien Gebrauchs der sogenannten Luftkorridore nach Berlin, die die Sowjetunion am 23. August ausprach.

Wie reagierte der Westen? Durch Proteste beim sowjetischen Kommandanten von Berlin, durch Proteste in Moskau, durch eine Verstärkung der westlichen Streitkräfte in Westdeutschland und Westberlin. Dazu kamen mutige Einzeltaten wie die Besuchsfahrten des amerikanischen Stadtkommandanten in Ostberlin, Patrouillenfahrten der amerikanischen Militärpolizei auf der Autobahn nach Berlin u. a. m. Damit hatte es aber sein Beenden, und man kann sich heute des Eindrucks nicht erwehren, daß der Westen mit dem Gefühl, „denen haben wir's wieder einmal gezeigt“, zur Tagesordnung übergegangen ist. Dazwischen steht, scheint niemanden heftig zu kümmern. Was wir hier erlebt haben, wird als eines der frassfesten Beispiele der sogenannten Salamiattacke in die Geschichte eingehen: Man stiehlt nicht die ganze Wurst und isst sie auf, sondern man schneidet hübsch sorgsam eine dünne Scheibe nach der andern ab; ganz unmerklich wird die Wurst fürzter und fürzter, und am Schluss hält der verdutzte Eigentümer nur noch einen Zipfel in der Hand.

In seiner Verblüffung begehrte er auf: großmütig überläßt ihm der Gegner vorläufig den Zipfel, und

der Eigentümer triumphiert, weil er ihn behalten darf. Dazwischen ist, merkt er erst später...

*

Auch auf einen andern gefährdeten Außenposten des Westens richteten die Sowjets im Berichtsjahr ihre Aufmerksamkeit, auf Finnland. Dieses tapfere, freiheitsliebende Land im äußersten Zipfel Europas ist wegen seiner geographischen Lage ganz allgemein stark abhängig vom guten Willen der Sowjetunion. Da sich Finnland, so gut es geht, hütet, in seiner Politik etwas zu unternehmen, das dem mächtigen Nachbar nicht gefällt, schien es für Russland nicht ganz einfach, einen Angriffspunkt zu finden. Um Ausreden und fadencheinige Gründe nie verlegen, entdeckte die Sowjetunion plötzlich am 30. Oktober, daß die Gefahr eines bewaffneten Angriffs Westdeutschlands und seiner Verbündeten auf Finnland bestehe und forderte die finnische Regierung zu Besprechungen über Sicherheitsmaßnahmen auf. Dieser Schachzug hatte, wie erwartet und geplant, in

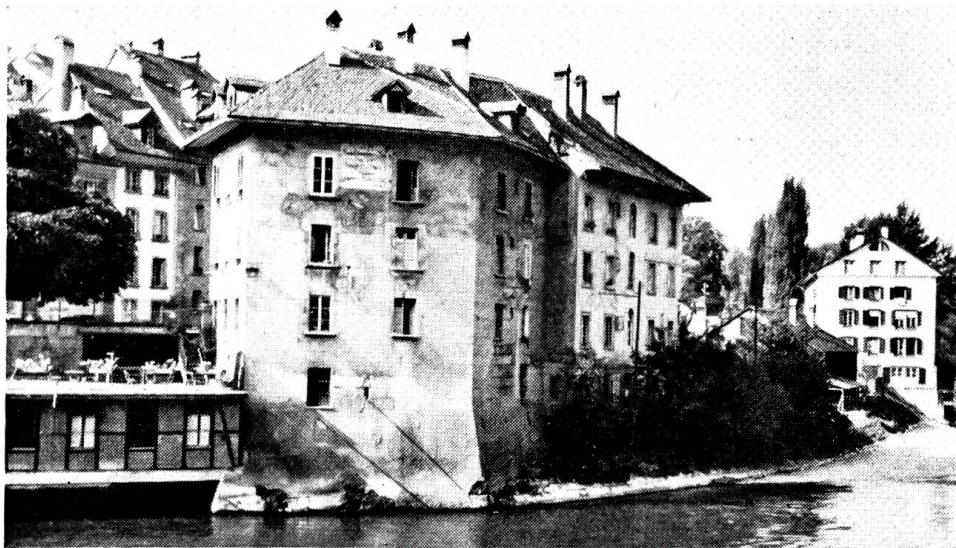
Finnland eine schwere Regierungskrise zur Folge. Präsident Rektonen löste das Parlament auf, flog zu Chruschtschow nach Nowosibirsk und erreichte, daß dieser vorläufig auf militärische Besprechungen verzichtete.

Die am 4. und 5. Februar 1962 erfolgten Neuwahlen für den Reichstag brachten der Partei Rektonens einen großen Erfolg. Bei einer Stimmabteilung von über 80% erhöhte sie ihre Sitzanzahl von 47 auf 55, während die Kommunisten,



Paul Chaudet,
Bundespräsident für das Jahr 1962

Photopress-Bilderdienst, Zürich



Der ehrwürdige sogenannte Salpeterurm bei der Untertorbrücke in Bern.
An seiner Stelle ist ein Hotelneubau geplant.

Photo W. Nydegger, Bern

die bisher die größte Fraktion gestellt hatten, von 50 auf 47 Vertreter zurückfielen. Auch die Linksozialisten verloren von ihren bisherigen 14 Sitzen deren 11. Die kritische Lage Finnlands dauert aber weiter an. Versuche, sich in irgendeiner Form am europäischen Wirtschaftszusammenschluß zu beteiligen, waren nicht von vollem Erfolg gekrönt und dauern an. Wir haben allen Grund, die Entwicklung in Finnland aufmerksam zu verfolgen, kann es uns doch nicht gleichgültig sein, wenn dort ein Einbruch der Sowjets in die Front des Westens gelingt.

*

Weltweiten Protest lösten die Russen mit einer weiteren Handlung im Rahmen ihrer Offensive aus. Seit vielen Monaten bemühten sich in Genf an der Kernwaffenkonferenz die westlichen Alliierten, zu einem Abkommen mit Russland in der Frage der Atombombenversuche zu gelangen. Trotz allerlei Kompromißvorschlägen kam es nie zu einer Einigung, da die Russen nie zu bewegen waren, einer wirksamen Kontrolle über die Versuche zuzustimmen. Am 1. September brachen sie einseitig die Vereinbarung, wonach zum Schutze der Menschheit Atombombenversuche in der freien Atmosphäre seit längerer Zeit unterblieben waren.

Mit dem Hinweis, der Westen rüste auf, kündigten sie eine neue Versuchsreihe an, die am 30. Oktober mit der Explosion einer Riesenbombe von 50 Megatonnen, also einer Explosion, die \times -fach stärker war als jene, die Hiroshima 1945 in Schutt und Asche legte, ihren Höhepunkt fand. Da darf man nun aber doch einmal etwas Erfreuliches festhalten. Neben dem Zweck, die heimlich während des Versuchsstoppes weitergeführten Entwicklungsarbeiten in der Praxis zu erproben, sollte die neue Explosion

auch dazu dienen, der staunenden Welt die Stärke Russlands zu zeigen und Angstliche einzuschüchtern. Dieser Versuch mißlang gründlich. Anstatt Furcht und Schrecken hatten die Versuche Abscheu und heftige Kritik zur Folge. Sie öffneten manchem Menschen die Augen und zeigten ihm, was von der Vertragstreue der Sowjetunion zu halten ist. Besonders zu beachten ist auch, daß in Afrika und im Fernen Osten diese Handlung Russland manchen Gegner eingetragen hat, der sich mit dem besten Willen die 50-Megatonnen-Bombe nicht mit der bisher zur Schau getragenen Maske des Friedenskämpfers Chruschtschow zusammenreimen konnte.

Die Konferenz in Genf wurde vertagt und erst im Frühjahr 1962 wieder aufgenommen. Auch die Vereinigten Staaten hielten sich nach dem Bruch des Abkommens durch die Russen nicht mehr als daran gebunden und setzten ihre Forschungen und Entwicklungsarbeiten fort, die in einer Serie von Versuchsexplosionen im Pazifischen Ozean gipfeln.

*

Über auch im Gefüge des kommunistischen Weltrechts zeigten sich im Berichtsabschnitt Risse. So waren es insbesondere die Beziehungen zu Alba-

nien und zu Rothina, die sich nicht unbedingt im Sinne der Machthaber im Kreml entwickelten. Am 22. Parteitag Ende Oktober fielen harte Worte gegen frühere Führer des kommunistischen Reiches, namentlich gegen Molotow, Malenkow und vor allem wieder gegen Stalin, dessen Leiche aus dem Mausoleum Lenins in Moskau entfernt wurde. So haben nicht einmal die Toten im roten Paradies ihre Ruhe. Der chinesische Ministerpräsident Tschu En-lai legte daraufhin demonstrativ am Sarge Stalins einen Kranz nieder und verließ den Parteitag. Das führte zu versteckten Reibereien zwischen den beiden Großen der kommunistischen Welt.

China selbst hat mit außergewöhnlichen Schwierigkeiten zu kämpfen. Die mit viel Optimismus an die Hand genommene Reorganisation der Landwirtschaft führte zu katastrophalen Misserfolgen und Hungersnot. Die geplante Industrialisierung lässt sich ohne Hilfe der Sowjetunion aber nicht durchführen, so dass ein weiteres Zusammenleben der beiden mehr oder weniger feindlichen Brüder unumgänglich scheint. Auf die Dauer wird aber Russland einem Erstarken des chinesischen Reiches nicht Vorschub leisten, da ihm vielleicht von dorther eines Tages größere Gefahr drohen könnte, als man das heutzutage anzunehmen gewillt ist.

*

Ein letztes Beispiel der Doppelzüngigkeit lieferte für einmal nicht Russland, sondern Indien. Premierminister Nehru, der sich stets gerne als Friedensapostel ausgibt und geschickt versucht, zwischen Osten und Westen das Zünglein an der Waage zu spielen, war sein Urheber. Seit langer Zeit schon besaß Portugal in Indien drei Kolonien, Goa, Damao und Diu, die zwar räumlich klein, aber recht wohlhabend und für Portugal einträglich waren. Für Indien bedeuteten aber diese drei Besitzungen in unserem Zeitalter des Antikolonialismus schon lange einen Dorn im

Auge. Anstatt nun seine Friedensliebe einmal an einem ihm nahestehenden Beispiel zu demonstrieren und zu versuchen, auf dem Wege gütlicher Vereinbarung zum Ziele zu kommen, verkündete Nehru als gelehriger Schüler Moskaus, die Sicherheit Indiens sei durch diese drei winzigen Kolonien bedroht. Dabei verhalten sich größtmäßig die drei Kolonien zu ganz Indien ungefähr so wie der Kanton Schwyz zu ganz Frankreich und Westdeutschland zusammengenommen. Um diese Drohung abzuwenden, überzog Indien die Kolonien mit Krieg und eroberte sie in einem Feldzug von zwei Tagen Dauer.

*

In Spanien begann es im April 1962 zu kriseln. Franco, der seit 1938 das Land als Diktator beherrscht, bekam es mit den durch schlechte Entlohnung und unzumutbare Arbeitsverhältnisse



Diese sechs teilweise baufälligen Häuser am Kornhausplatz in Bern müssen einem Neubau weichen.

Photo W. Nydegger, Bern

gereizten Arbeitern der Bergwerke zu tun. Diese traten in den Streik, der zwar in Spanien verboten ist. Trotz allen Maßnahmen griff der Streik immer weiter um sich, so daß die Regierung wohl oder übel Konzessionen machen mußte. Einmal wurde den Arbeitern für die Zukunft ein beschränktes Streifrecht zugebilligt; ferner mußten die Löhne den Verhältnissen besser angepaßt werden. Diese Tatsachen sind für uns deshalb interessant, weil wir daraus Schlüsse auf eine mögliche Entwicklung im Osten ziehen dürfen. Ähnlich wie die Staaten hinter dem Eisernen Vorhang ist ja Spanien eine Diktatur, die sich allerdings recht deutlich von jenen unterscheidet. Einmal ist es uns ohne weiteres möglich, nach Spanien, ohne einen besonderen Grund und ohne scharfe Kontrolle, einzureisen. Wir können uns in Spanien frei bewegen und uns frei mit den Leuten unterhalten, und die Spanier ihrerseits können ihr Land verlassen, um im Ausland tätig zu sein. So sind denn auch im abgelaufenen Jahr große Kontingente spanischer Arbeiter in die Schweiz eingereist und helfen hier tatkräftig mit, unsere Arbeitsmarktprobleme zu lösen. Gleichzeitig aber werden sie mit den Arbeitsverhältnissen in einem freiheitlichen Lande vertraut gemacht. Ferner wird man kaum sagen dürfen, Franco hätte sich zum Ziel gesetzt, von Spanien aus die Welt zu erobern, um sie mit den Segnungen seines Regimes zu beglücken, wie das so deutlich das Ziel der russischen Diktatur ist. Trotzdem bleibt Spanien eine Diktatur, und trotz aller scharfen Kontrolle und allen Verboten sind die Arbeiter zur Selbsthilfe geschritten und haben teilweise Erfolge erzielt. Dieser Anfang einer liberaleren Entwicklung darf doch vielleicht als ein Erfolg des menschlichen Freiheitsstrebens über staatliche Herrschaft und Lenkung gedeutet werden. Ob wohl, was in Spanien möglich war (wenn auch vorläufig nur in kleinsten Anfängen) auch einmal hinter dem Eisernen Vorhang möglich sein wird?

*

Zum Schluß unseres Auslandsüberblicks noch kurz einige Streiflichter. Die Vereinten Nationen haben im Berichtsjahr den Tod ihres Generalsekretärs Dag Hammarskjöld zu beklagen. Er wurde am 18. September in Afrika auf dem Wege

zum Ministerpräsidenten Katangas, Tschombé, das Opfer eines nicht in jeder Hinsicht abgeklärten Flugzeugunglücks. So ist dieser vielumstrittene Mensch, dem wohl niemand die Anerkennung für sein von großem persönlichem Mut zeugendes, un-eigennütziges Wirken in einer ebenso schwierigen wie undankbaren Aufgabe versagen kann, ein Opfer seines Berufes geworden. Zu seinem Nachfolger wurde der Burmese U Thant ernannt. – Als hundertstes Mitglied der UNO konnte im September Sierra Leone aufgenommen werden. Die hohe Zahl der in den Vereinten Nationen zusammenge schlossenen Mitglieder hat ihre Rückwirkungen auf das Funktionieren dieser Organisation. Immer mehr treten die „klassischen“ Nationen zahlmäßig in den Hintergrund, immer zahlreicher werden die neuen Mitglieder, die sofort, kaum ist der neue Staat entstanden, die vollen Mitgliedschaftsrechte bei der UNO genießen. Politisch oftmals völlig unref, ohne jede Erfahrung und in einem übersteigerten Bewußtsein ihrer neuen nationalen Würde reagieren solche Staaten sehr empfindlich auf undiplomatische Haltung der klassischen Staaten und leihen den Schmeicheleien und Sirenengesängen Moskaus nur zu willig ihr Ohr. Hier liegt für eine aktive, geschickte, diplomatische Politik voller Einfühlungsvermögen den klassischen westlichen Nationen ein sehr weites Feld offen. – In England konnte sich auch im abgelaufenen Jahr die konservative Regierung nicht besonderer Erfolge rühmen. Eine Politik des Lohnstopps, die die Inflation aufhalten sollte, war mit allerhand Schwierigkeiten verbunden. Streiks lähmten tage- und wochenlang die Produktion, und die ehemalige Begeisterung für die Regierung Macmillan nimmt ab. Interessant ist, daß in vielen Nachwahlen ins Unterhaus, die allgemein als Stimmungsbarometer für die amtierende Regierungspartei angesehen werden, die Konservativen Niederlagen erlitten haben; aber auch die Labourpartei konnte sich nicht eindeutig durchsetzen. Es scheint fast, als ob Englands dritte Kraft im politischen Spiel, die liberale Partei, im Begriffe sei, ihre einstmals glänzende Position wieder neu zu erringen. – In der Deutschen Bundesrepublik verlangsamte sich der Konjunkturaufschwung teilweise wohl infolge der DM-Aufwertung ganz eindeutig. Auch hier bereitet der Regierung vor

allem der andauernde Preis- und Lohnanstieg, der, wenn er noch lange andauert, die Konkurrenzfähigkeit Deutschlands auf den Auslandsmärkten herabsetzen könnte, große Sorgen. Der greise Bundeskanzler Konrad Adenauer, der mit seinen 86 Jahren das Steuer der Regierung fester in den Händen hält als je, beschwore mit seiner Kritik an der Haltung der Vereinigten Staaten in der Berlinfrage eine unangenehme Vertrauenskrise zwischen den beiden Ländern hervor. Da die Vereinigten Staaten gerne in Berlin durch Verhandlungen zu einer Lösung kommen möchten, wobei sie ausdrücklich den Anspruch des Westens auf Berlin garantiert haben, witterte Adenauer eine weichere und nachgiebige Haltung, was er deutlich zum Ausdruck brachte. Über den Zwist zwischen den beiden Nachländern freuten sich natürlich die Kommunisten und suchten daraus durch allerlei Propagandabestrebungen Kapital zu schlagen. – In Italien schreitet der wirtschaftliche Aufschwung unaufhaltlich voran. Immer mehr verlagert sich dabei das Gewicht der Industrialisierung nach Süden, nachdem im fortgeschrittenen Norden große Schwierigkeiten in der Beschaffung der nötigen Arbeitskräfte aufgetreten sind. Daß Italien es nicht gerne sieht, wenn seine knappen Facharbeiter im Ausland ihr Glück zu machen suchen, zeigte der Besuch des Arbeitsministers Gullo in der Schweiz anfangs November. Ursprünglich gedacht als Kontaktnahme des Regierungsvertreters mit seinen Landsleuten im Ausland, wurde die Reise zur Staatsaffäre. Das ungeschickte Auftreten Gullos bewog den Bundesrat, in Rom wegen der Einmischung Italiens in unsere Wirt-



Aufstrebendes Afrika

15 junge Diplomaten aus Afrika besuchten in einer dreiwöchigen Studienreise auf Einladung des Politischen Departementes und der Stiftung Pro Helvetia die Schweiz.

Photopress-Bilderdienst, Zürich

shaft vorstellig zu werden; ferner gelang es nicht, das geplante Sozialversicherungsabkommen mit Italien abzuschließen. Trotz aller Empörung erkannte man in der Schweiz doch auch, daß vielerorts der Frage der Unterkunft unserer Fremdarbeiter zu wenig Beachtung geschenkt worden war. Allerdings darf auch gesagt sein, daß ein Teil der Fremdarbeiter es vorzieht, in primitiven Behausungen zu wohnen, um so mehr vom Verdienst zurückzubehalten und nach Hause schicken zu können. In den Pranger gehören indessen die Praktiken gewisser schweizerischer Zimmervermieter und Hauseigentümer, die menschenunwürdige Unterkünfte zu Wucherpreisen vermieten.

*

Auch im Berichtsjahr ereigneten sich wieder Katastrophen, die Menschenleben vernichteten und ungeheure materielle Schäden verursachten. Das folgenschwerste Naturereignis war die Bergsturz-Katastrophe in Peru, die im Januar über dreita-



Die algerische Waffenstillstandsdelegation, die im Hôtel du Signal de Bougn wohnte, wurde von schweizerischen Truppen bewacht. Dabei zwang die Flab ein Sportflugzeug, das sich trotz allen Warnungen in die Nähe gewagt hatte, zur Landung.

Photopress-Bilderdienst, Zürich

send Tote forderte. Nach langen Regenfällen stürzten ungeheure Stein- und Erdmassen aus den Bergen mit der Geschwindigkeit eines Schnellzugs zu Tale, alles mit sich reißend und zehn Dörfer meter-tief unter sich begrabend. – In Völklingen im Saarland kam es in einer Kohlengrube, die jahrelang zu den sichersten gehört hatte, zu einer Explosion, die den Tod von 286 Bergleuten forderte. Eisenbahnunglücken in Italien und Holland im Frühjahr 1962 fielen gegen 300 Menschen zum Opfer. Den Absturz eines Düsen-Passagierflugzeuges in Paris überlebten bloß zwei der 132 Passagiere. Wohl werden große Fortschritte in der Flugsicherheit erzielt, und die Unfallhäufigkeit ist denn auch, gemessen am gewaltigen Luftverkehr, außerordentlich gering. Die zunehmende Größe der Flugzeuge bringt es aber mit sich, daß sich Unfälle weit verhängnisvoller auswirken, als das früher der Fall war. – Eine Naturkatastrophe größten Ausmaßes war auch in Norddeutschland zu verzeichnen, wo am 18. Februar die größte Sturmflut der Nordsee in diesem Jahrhundert wütete. Als sich nach Ta-

gen die Wassermassen beruhigten und zurückzogen, ließen sie 300 Tote und über 70000 Obdachlose, namentlich in Hamburg, zurück.

*

Beiden gelang anschließend die Landung oder besser die Wasserung mit ihrem Raumschiff im Stillen Ozean. Beide überstanden ihre Abenteuer wohlbehalten. – Schon heute spricht man davon, die interkontinentalen Telephon- und Telegraphenverbindungen in Zukunft nicht mehr mit den störungsanfälligen und wenig leistungsfähigen Untermeerkabeln einzurichten, sondern sie auf dem Umweg über Satelliten, die im Weltraum freisen, sicherzustellen.

*

Auch im Berichtsjahr hat sich die Schweiz bemüht, der Sache der internationalen Zusammenarbeit ihre guten Dienste zu leisten. So vertritt sie zum Beispiel die Interessen der USA und Argentiniens in Kuba, diejenigen Frankreichs in Tunesien und Ägypten. Hier hatte der Diktator Nasser seinen durch außenpolitische Misserfolge etwas wacklig gewordenen Thron durch forsches Auftreten in der Innenpolitik zu festigen gesucht. So enteignete er eine ganze Reihe von französischen

und schweizerischen Firmen und stellte französische Diplomaten vor Gericht.

Auch ins Kapitel internationale Zusammenarbeit gehören die Konferenzen, die in Genf zu tagen pflegen, mit allerdings meist bescheidenem Erfolg. So hat die Kernwaffenkonferenz heute mehr als dreihundertsechzig Sitzungen hinter sich, ohne daß sich die Morgenröte eines Erfolges abzeichnen würde. Zum Erfolg führten hingegen nach heiklen Verhandlungen die Konferenzen von Evian über den Friedensschluß zwischen den Franzosen und Algeriern. Wenn auch Evian jenseits des Genfersees in Frankreich liegt, so hatte doch unsere Regierung an der Durchführung der Konferenzen Anteil: die algerischen Delegationen wohnten an der ersten Konferenz im Mai 1961 in Genf, an derjenigen im Frühjahr 1962 im Hôtel du Signal de Bougy oberhalb Rolle. Die Bewachung der Aufenthaltsorte hatten die kantonalen Polizeikorps und das schweizerische Militär übernommen. Jeden Morgen flog ein Helikoppter die Konferenzteilnehmer über den See nach Evian und holte sie am Abend wieder ab. Am Sonntag, dem 18. März 1962, nachmittags um halb sechs Uhr, war es soweit. Die französischen Unterhändler und ihre algerischen Gegenspieler unterzeichneten nach über siebenjährigem Krieg in Algerien das Waffenstillstandsabkommen, das am Mittag des nächsten Tages in Kraft trat. Damit war allerdings der massive Widerstand der französischen extremistischen Kreise, die immer noch nicht begriffen haben, daß die Zeit des Kolonialismus alten Stils zu Ende ist, noch nicht gebrochen. Mit dem abgenützten Schlagwort «Algérie française» stürzte sich die «Organisation de l'armée secrète» (OAS), wie sie sich

nennt, in den Kampf; allerdings nicht in einen Kampf Mann gegen Mann, sondern in eine hinterhältige und hinterlistige Aktion, die teilweise von Mordbrennern übelster Sorte geführt wird und wahllos Unschuldige, auch Frauen und Kinder, ermordet. Zwei Rädelführer, die Generäle Jouhaud und Salan, konnten bis heute dingfest gemacht werden; während Jouhaud in Paris zum Tode verurteilt wurde, kam Salan mit lebenslänglicher Gefängnisstrafe besser weg. Es ist zu hoffen, daß es den regierungstreuen Truppen namentlich in Algier und Oran gelingen wird, sich durchzusetzen und dem Waffenstillstand Nachachtung zu verschaffen. – Im Sommer dieses Jahres wird eine Volksabstimmung in Algerien die Frage zu entscheiden haben, ob Algerien völlig unabhängig sein soll oder mit Frankreich in einer Verbindung bleiben wird. Stimmberechtigt ist die ganze Bevölkerung, also Europäer und Moslems, und am Ausgang der Abstimmung ist kaum zu zweifeln; sie wird ein unabhängiges Algerien bringen.



Ein historisches Bild

Der Sprecher des Gouvernement Provisoire de la République de l'Algérie, Rhéda Malek, orientiert nach Abschluß der Waffenstillstandsverhandlungen in Evian im März 1962 die Presse über das erzielte Abkommen.

Photopress-Bilderdienst, Zürich

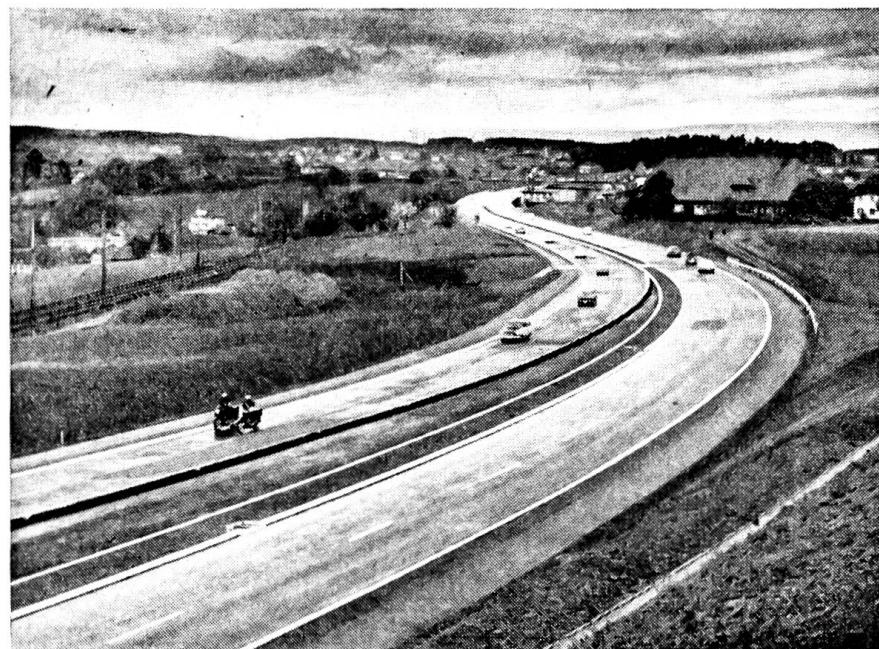
Bereits haben massive Rückwanderungen von französischen Siedlern nach Frankreich eingesetzt, die das Mutterland vor die Aufgabe stellen, den Vertriebenen beziehungsweise freiwillig geflüchteten Arbeitsplätze zu sichern und ihnen zu erleichtern, neue Existenzen aufzubauen. Im Mai waren es ca. 48 000 Franzosen, die so in ihre Heimat zurückkehrten. Die Schwierigkeiten bei der Hilfe an diese Rückwanderer liegen besonders darin, daß recht wenig gelernte Berufssarbeiter, für die Arbeit in Fülle da wäre, zurückkommen, sondern hauptsächlich ungelernte Landarbeiter, die zudem lieber im warmen Süden des Mutterlandes bleiben möchten, als in den Norden zu gehen, wo die zusätzlichen Arbeitskräfte erwünscht wären. Mit gutem Willen kann und wird auch diese Aufgabe gelöst werden, nachdem die ungeheure Belastung des Algerienkrieges in Frankreich nach und nach abgebaut werden kann.

*

Rehren wir zurück in die Schweiz. Auch dieses Jahr dürfen wir wieder über ein Jahr der Kon-

junktur, des guten Geschäftsgangs, berichten. Oft hatte man sogar den Eindruck, eine gewisse Verlangsamung des Auftriebes, eine Attempause, wäre zum Vorteil nicht nur der schweizerischen Wirtschaft, sondern auch des Schweizervolkes. Wie angespannt die Lage geworden ist, zeigt sich an der Zahl der Fremdarbeiter. Lag sie im August 1960 noch bei 435 000, so stieg sie bis im August 1961 auf 548 000, also nochmals um über 100 000. Da in diesen Zahlen die Ausländer, die eine Niederlassungsbewilligung haben, nicht einmal eingeschlossen sind, kann man sagen, daß heute in der Schweiz jeder fünfte Berufstätige ein Ausländer ist! Das Heer der Arbeitslosen aus den dreißiger Jahren hat einem Heer von Fremdarbeitern Platz gemacht, oder mit andern Worten, unsere Wirtschaft ist innert dreißig Jahren trotz eines sechsjährigen Krieges von einem Extrem ins andere gefallen. Interessant ist auch die Feststellung, daß in den letzten Jahren die Gründungen von schweizerischen Tochtergesellschaften ausländischer Großfirmen sehr stark zugenommen haben. Allein amerikanische Firmen haben über 400 Tochtergesellschaften in der Schweiz. Erfreulich daran ist, daß die Schweiz noch immer und immer mehr als die Drehscheibe Europas angesehen wird, trotzdem im Berichtsjahr der geplante Beitritt zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, über den der Chronist sich letztes Jahr ausgesprochen hat, noch nicht vollzogen werden konnte.

In engem Zusammenhang mit der Konjunktur stand leider auch im vergangenen Jahre der Preisanstieg, der wesentlich stärker war als im Jahre vorher. Diese bedenkliche Entwicklung – sie führt zur Entwertung des Schweizer Franken, zur Inflation – muß unbedingt gebremst und aufgehalten werden. Eine ganze Anzahl von Verbänden hat sich darum anfangs des Jahres 1962 verpflichtet, im laufenden



Die Grauholzautobahn wurde im Mai 1962 eröffnet. Unser Bild (Blick gegen Schönbühl) zeigt auf der linken Fahrbahn den offiziellen Eröffnungszug.

Photo W. Nydegger, Bern

Jahr keine Preisaufschläge vorzunehmen. Es wird aber noch großer Anstrengungen und vieler Einsicht von Arbeitgebern und Arbeitnehmern bedürfen, um dieses für das ganze Schweizervolk entscheidende Problem erfolgreich zu lösen.

*

Wie sehr die Kosten angestiegen sind, zeigt sich am besten am Beispiel des Straßenbaus. Unser Nationalstrassenetz (Autobahnen), an dem im Berichtsabschnitt kräftig weitergebaut wurde, wird ungeheure Summen verschlingen. Wenn auch heute noch nicht große Stücke befahrbar sind, so konnte immerhin im Mai 1962 die Grauhölzstraße, d. h. die Verbindung zwischen Bern und Schönbühl, eingeweiht werden. Diese längst notwendige und erwünschte Straße, die schon vor Jahrzehnten geplant worden war, bringt die Umfahrung von Zolliken. Auch zwischen Genf und Lausanne gehen die Arbeiten namentlich im Hinblick auf die Landesausstellung in Lausanne von 1964 kräftig voran. Hinter den Kulissen hört man allerdings, daß gerade hier die seinerzeit angegebenen Kosten wohl um mehr als das Doppelte überschritten werden. Auch die Walenseestraße, die ca. 40 Millionen hätte kosten sollen, wird auf über 70 Millionen Franken zu stehen kommen. Gewiß nimmt auch der Benzinzzoll, aus welchem zur Hauptzache die Kosten für die Autobahnen bestritten werden, kräftig zu. Der Zuschlag auf dem Benzinzzoll, der letztes Jahr in einer Volksabstimmung mit 7 Rappen als zu hoch befunden wurde, ist nun endgültig auf 5 Rappen festgelegt worden. Ob es aber gelingt, damit die Teuerung auszugleichen, oder ob die Kosten den Einnahmen davonlaufen, das ist eine offene Frage. Auch die Beschaffung der für den Straßenbau notwendigen Arbeitskräfte ist ein Problem. Bereits ist es vorgekommen, daß öffentliche Ausschreibungen von Bauarbeiten unter den Bauunternehmungen nicht einen einzigen Interessenten fanden. Gewisse Kantone liebäugeln deshalb mit Ausschreibungen im Ausland, was bei den Preisen und Löhnen, die wir in unserem Lande



Massenkundgebung der Bauern im November 1961 vor dem Bundeshaus. Leider artete die Demonstration wenig später zu einem unschönen Aufruhr aus, der weiterherum im Lande das Gegenteil von dem erreichte, was beabsichtigt war, nämlich Sympathien für die besondere Lage unserer Bauernschaft zu wecken.

Photopress-Bilderdienst, Zürich

für Bauarbeiten zu zahlen gezwungen sind, kein ausichtsloses Unterfangen sein dürfte.

*

Die Stimmberchtigten wurden in eidgenössischen Fragen viermal zur Urne gerufen. Am 22. Oktober lehnten sie das Volksbegehren zur Einführung der Verfassungsinitiative im Bund mit 409 811 gegen 170 596 Stimmen ab. – Nach mühsamen Vorarbeiten und langen Verhandlungen in der Uhrenindustrie konnte endlich das neue Uhrenstatut vorgelegt werden. Wider Erwarten wurde dagegen das Referendum ergriffen, mit der Begründung, das Statut greife zu weit in das freie Spiel der Kräfte von Angebot und Nachfrage, von Fabrikation und Verkauf der Uhren ein. Trotz der beträchtlichen Propagandabestrebungen stand aber am 3. Dezember das Volk zur Lösung,

wie sie vom Bundesrat vorgelegt worden war, indem fast genau doppelt so viele Ja wie Nein abgegeben wurden (443 175 Ja gegen 221 638 Nein).

Die dritte Abstimmung bewegte die Gemüter am heftigsten. Ein Komitee gegen die atomare Aufrüstung der Schweiz hatte eine Initiative eingereicht, mit dem Zweck, die Ausrüstung der Schweizer Armee mit Atomwaffen zu verbieten. Zur Begründung führten die Initianten aus, daß jemand mit dem guten Beispiel in der Ausrüstung vorangehen sollte. Angesichts ihrer traditionellen humanitären Aufgaben könne es sich die Schweiz nicht leisten, je Atomwaffen zu besitzen, geschweige denn sie zu verwenden. In düstersten Farben wurden die Folgen eines eventuellen Atomkrieges ausgemalt. Die Gegner bestritten die schrecklichen Möglichkeiten, die im Atomkrieg liegen, keineswegs. Sie wiesen aber zuerst darauf hin, daß wohl kein Land mit soviel Recht wie die Schweiz von sich sagen könne, daß es seine Aufrüstung ausschließlich zum Zwecke der Selbstverteidigung betreibe und nie daran denke, einen Angriffskrieg zu

führen. Diese in jahrhundertelanger Praxis konsequent befolgte Haltung verpflichtete uns aber auch, uns so zu rüsten, daß wir nicht eine schwache und weiche Stelle in Europa bildeten und so zum Angriff auf uns geradezu einluden. Wir seien verpflichtet, unseren Soldaten, von denen wir den Schutz unserer Heimat erwarten, die Waffen zur Verfügung zu stellen, die heute die besten seien. Daß das nicht mehr Hellebarden oder Betterli gewehre sein könnten, liege auf der Hand.

Interessant war die Zusammensetzung der Initianten. Neben den unvermeidlichen Kommunisten, deren Unwesenheit deutlich zeigte, wes Geistes Kind die Initiative in Tat und Wahrheit war, taten sich vor allem einige extreme Sozialisten hervor, durchaus nicht im Sinne der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz, die gegen die Initiative eingestellt war. Zugang erhielt diese Gruppe durch eine ganze Reihe von Wissenschaftlern und Intellektuellen, die teilweise wohl aus Gewissensgründen und im Konflikt mit ihrer christlichen Überzeugung, teilweise auch einfach aus Ahnungslosigkeit und politischer Naivität die Initiative unterstützten. Klar gegen die Initiative bezog die katholische Kirche Stellung, und auch ein Teil der protestantischen Pfarrer unterstützte die Bekämpfung der gefährlichen Idee. Am 1. April wurde das Volksbegehren mit 536 587 Nein gegen 286 858 Ja abgelehnt. Die Initianten wollen aber nicht locker lassen und haben schon heute angekündigt, daß sie auf anderen Wegen zu ihrem Ziel zu kommen suchen.

Der vierte eidgenössische Urnengang betraf zwei grundverschiedene Fragen. Während die Einführung eines Artikels, der den dringend notwendigen Natur- und Heimatschutz in der Verfassung verankert, mit



Wegweiser für den Schiffsverkehr?

Die rasche Schneeschmelze und die langanhaltenden Regensfälle im Januar 1962 führten zu gewaltigen Überschwemmungen. Hier ein Bild aus Langenthal.

Photopress-Bilderdienst, Zürich

442 623 Ja gegen bloß 116 818 Nein Gnade vor dem Volk fand, war es mit der Erhöhung der Taggelder unseres Nationalrates anders. Der Rat hatte sich in der Dezemberession entschlossen, seine Taggelder von 65 auf 100 Franken zu erhöhen. Eine Gruppe Stimmbürger aus dem Aargau erhob dagegen das Referendum, das zu stande kam. Die Abstimmung vom 27. Mai ergab mit 308 908 Nein und 177 024 Ja eine klare Verwerfung. Dabei war sicher ein großer Teil der Neinstimmenden durchaus geneigt, die oft unter persönlichen Opfern geleistete Arbeit unserer Nationalräte anzuerkennen und sie auch durch ein besseres Taggeld, das mit 100 Franken immer noch nicht fürstlich gewesen wäre, zu belohnen. Die Vorlage kam wohl nur deswegen zu Fall, weil das Vorgehen des Rates in zeitlicher und sachlicher Hinsicht ungeschickt war. Einmal fiel die Erhöhungsforderung genau in die Zeit, in der von Seiten des Bundes das ganze Volk zum Maßhalten aufgerufen worden war, zum Maßhalten in den Preiserhöhungen und in den Lohnforderungen. Zum zweiten wurde ein Vermittlungsvorschlag im Nationalrat abgelehnt, der sehr vernünftig das Taggeld nur für diejenigen Nationalräte erhöhen wollte, die während der Session gezwungen sind, in Bern zu übernachten, und die dadurch natürlich größere Spesen zu berappen haben als ihre in Bern und Umgebung wohnenden Kollegen. Man darf annehmen, daß ein neuer vermittelnder Vorschlag in dieser leidigen Geschichte die Billigung des Volkes finden wird; es will und darf ja nicht verhindern, daß gut ausgewiesene Leute, die finanziell nicht auf Rosen gebettet sind, ein Nationalratsmandat ablehnen müssen, weil der Verdienstausfall während der langen Sessionen sie dazu zwingt.

*



Bise und grimmige Kälte: Ein Bild vom Genfersee Ende Januar 1962.

Photopress-Bilderdienst, Zürich

Vielbeachtetes politisches Ereignis im Berichtsjahr waren im Kanton Bern die Erneuerungswahlen in den Grossen Rat, die am 6. Mai 1962 stattgefunden haben. Die politische Konstanz unseres Kantons, die andere oft auch Trägheit nennen, war infolge der im allgemeinen doch sehr erfreulichen Wirtschaftslage nicht gefährdet. Von den zweihundert Sitzen haben nur vier die Hand gewechselt. Während die Freisinnigen zwei Mandate gewannen und ihre Fraktion auf 39 Mitglieder anwachsen sahen, verloren die Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei zwei, die Christlichsozialen und der Landesring je einen Sitz. Der Landesring der Unabhängigen ordnet damit bloß noch einen einzigen Vertreter ins Kantonsparlament ab. Neu aufgetaucht ist im Grossen Rat die stadtbernerische Partei „Junges Bern“, die von der Popularität des Fürsorgedirektors Pfarrer Klaus Schädelin profitierte. – In personeller Hinsicht war die Erneuerung hingegen beträchtlich. Siebzehn bisherige Grossräte wurden nicht wiedergewählt, und sechsundvierzig hatten auf Ende der abgelaufenen Legislaturperiode ihren Rücktritt erklärt. Der neu gewählte Rat der Zweihundert weist also

fast ein Drittel neue Gesichter auf. Bei den bernischen Regierungsräten wurden die acht bisherigen, die wieder kandidierten, gewählt; der sozialdemokratische bernische Baudirektor, Regierungsrat Brawand, der zurückgetreten war, um das Präsidium der BLS zu übernehmen, wurde durch den der gleichen Partei angehörenden bisherigen kantonalen Parteisekretär Erwin Schneider ersetzt. Die Aktion der Separatisten, die für die Regierungsratswahlen die Parole ausgegeben hatten, nicht zu stimmen oder leer einzulegen, verpuffte ziemlich unbemerkt; im Gegenteil erreichten die jurassischen Regierungsräte Huber und Moine in ihren Parteien die höchsten Stimmenzahlen, und Regierungsrat Tschumi, dem die Separatisten wegen seiner klaren Haltung ihnen gegenüber durchaus nicht grün sind, erreichte sogar die höchste Stimmenzahl aller neun Regierungsräte. – Die Separatisten versuchten ihr eher etwas angeschlagenes Prestige ferner dadurch aufzupolieren, daß sie vier Volksbegehren einreichten, von denen drei am 27. Mai zur Abstimmung ge-

langten: das Begehr, ein Straßenverkehrsamt in Tavannes einzurichten, ferner der Wunsch, einen landwirtschaftlichen Musterbetrieb in den Freibergen aufzuziehen, und schließlich der Antrag, die Stellvertretung bei kantonalen Wahlen und Abstimmungen zu verbieten. Während man für das dritte Begehr durchaus Sympathie empfinden konnte – führt doch leider das Stellvertretungsrecht bei kantonalen Abstimmungen oft zu ungeahnten Missbräuchen und Auswüchsen – war es bei den beiden ersten anders. Das neue Straßenverkehrsamt in Tavannes hätte bloß vermehrte Kosten gebracht; denn die Regierung konnte nachweisen, daß der Jura in bezug auf die Bedienung durch das Straßenverkehrsamt durchaus nicht benachteiligt ist und daß die gewaltige administrative Aufgabe, die die Flut der Motorfahrzeuge mit sich bringt, im Kanton Bern rational und geschickt gelöst wird. Was den landwirtschaftlichen Musterbetrieb betrifft, konnte auf die bestehende landwirtschaftliche Schule in Courtemelon verwiesen werden, die erst noch im Ausbau begriffen ist. Die drei Volksbegehren wurden alle hoch verworfen; besonders interessant ist es, daß auch die jurassischen Amtsbezirke gesamthaft gesehen alle drei Vorelagen abgelehnt haben. Peinlich berührte im Kanton das Auftreten des Separatisten Béguelin in Paris, der dort der internationalen Presse ein betrübliches Bild der Zustände malte, wie sie seiner Ansicht nach im Kanton Bern herrschen, wo der freie Jura unter der Knechthälfte von Alt-Bern schmachte und überall unterdrückt werde.



Protestdemonstrationen gegen die russische Botschaft in Bern, anlässlich des russischen Nationalfeiertages, 7. November 1961.

Photo W. Nydegger, Bern

*
Kurz sei noch auf einige bemerkenswerte

Einzelheiten im schweizerischen Geschehen hingewiesen. Das miserable Wetter des Jahresanfangs 1962, Überschwemmungen, Nachtfröste und Schneefälle setzten den Kulturen zu. So war es insbesondere der Schneefall vom Berchtoldstag, der in den Wäldern schwere Schäden verursachte. Über Neujahr hatte es stark geregnet; die einbrechende Abkühlung ließ den Regen an den Bäumen gefrieren, wodurch das Holz brüchig wurde. Der Last des nachfolgenden enormen Schneefalls war das Holz nicht mehr gewachsen, und reihenweise zersplitterten in den Wäldern die Bäume wie Glas. Man schätzt, daß eine ganze Jahresnutzung an Holz dem Schnee zum Opfer fiel, wobei namentlich die vielen Splitterbrüche den Schäden erhöht haben, da dieses Holz nur noch als Brennholz Verwendung finden kann. Auch alte Forstbeamte können sich eines solchen Schadens in unsren Wäldern nicht erinnern. – Alarmierend ist auch die Verschmutzung unseres Grundwassers. So war es insbesondere das fahrlässige Hantieren mit Heizöl und Benzin, das zu ernsten Sorgen führte. Die Grundwasserversorgungen von Aarau und Basel wurden dadurch in Mitleidenschaft gezogen. Es ist zu hoffen, daß solche Fahrlässigkeiten, die ganze Gebiete gefährden können, streng geahndet werden, da das saubere Grundwasser immer mehr zu einem unserer kostbarsten Güter wird. Aus dieser Überlegung, verbunden mit der Sorge um die Reinhaltung der Luft heraus, verfolgt man auch das Entstehen der Erdölraffinerie in Wigle mit gemischten Gefühlen. – Wenn wir schon nächst dem Wallis und damit beim Wein sind: Der Bundesrat setzte den Walliser Weinbauern für das Entfernen der widerrechtlich gepflanzten Weinstöcke eine letzte Frist. Als diese unbenutzt abgelaufen war, ließ er durch Heliokopter Pflanzengift auf die Stöcke spritzen, was zu ihrer Vernichtung führte. Wenn auch diese Maßnahme in der ganzen Geschichte der schweizerischen Landwirtschaft einzig dasteht, so muß man sie doch verstehen. Lange genug war gewarnt worden, lange genug hatte man auf die Widerrechtlichkeit der Anpflanzung hingewiesen. Auch in der Schweiz darf nicht geduldet werden, daß eine Minderheit von Unersichtigen sich ungestraft in klarer Rechtsverletzung über behördliche Verfügungen hinwegsetzt. – Zum Schlusse noch sei erwähnt, daß wir seit dem

August letzten Jahres an unseren patriotischen Feiern nicht mehr das altvertraute „Rufst du mein Vaterland“ singen, sondern daß der Bundesrat nach eingehender Befragung der Kantone beschlossen hat, „Trittst im Morgenrot daher“ vorläufig versuchsweise als neue Landeshymne einzuführen.

Damit verabschiedet sich der Chronist von seinen Lesern und hofft, im nächsten Bericht über weniger Katastrophen und unerfreuliche politische Entwicklungen, dafür um so mehr über Fortschritte und Ausblicke in eine glücklichere Zukunft berichten zu können.

Unbeabsichtigte Wirkung

Mit Zittern und Zagen und etwas weichen Knieen betrat der junge Autor das Zimmer des Verlagslektors.

„Ich möchte mir erlauben – ich hätte gerne angefragt... Vor vier Wochen reichte ich einen Roman bei Ihnen ein: „Vernichtende Leidenschaft,...“

„Ach ja, stimmt, ich erinnere mich.“

„Sie haben ihn also gelesen?“

„Nur ein Kapitel, lieber Freund. Sie müssen wissen, ich nehme häufig Manuskripte mit nach Hause, und da kommt es dann vor, daß meine Frau ebenfalls einen Blick hineintut. So hat sie auch Ihren Roman in die Hand bekommen und ist jetzt nicht zu bewegen, sich wieder davon zu trennen.“

„Sie machen mich glücklich“, stammelte der Autor. „Darf man wissen...“

„Meine Frau behauptet, Ihre Arbeit sei von unübertrefflicher Wirkung.“

„Wunderbar. Wie schmeichelhaft für mich!“

Der Lektor schmunzelte. „Ob es schmeichelhaft ist, bin ich nicht so sicher. Meine arme Frau litt in letzter Zeit entsetzlich an Schlaflosigkeit. Kein Mittel konnte ihr helfen – bis sie Ihren Roman entdeckte. Wenn sie daraus einige Seiten liest, schläft sie augenblicklich ein...“

Sicherer Sieg. Feldweibel zu den Rekruten: „Wenn ich euch ansehe, ist mir um den nächsten Krieg nicht bange, denn ‚gegen Dummheit kämpfen Götter selbst vergebens!‘“